



Böhmer: "Deutschland muss sich bei der Integration den Herausforderungen der Zukunft stellen"

Böhmer: "Deutschland muss sich bei der Integration den Herausforderungen der Zukunft stellen"

"Deutschland muss sich als Einwanderungsland bei der Integration den Herausforderungen der Zukunft stellen. Der 9. Lagebericht belegt: In den vergangenen Jahren wurde bei der Integration der richtige Kurs eingeschlagen. Menschen aus Zuwandererfamilien haben in unserem Land so große Teilhabechancen wie nie zuvor. Die Anstrengungen insbesondere auf den Großbaustellen Sprache, Bildung und Ausbildung sowie Arbeitsmarkt tragen Früchte. Zugleich wurde der Paradigmenwechsel von der nachholenden zur vorausschauenden Integration erfolgreich eingeleitet: Hierfür stehen insbesondere das Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie das Modellprojekt der Integrationsvereinbarungen. Integration ist selbst bei qualifizierten Zuwanderern kein Selbstläufer. Die Integrationspolitik der Zukunft setzt verstärkt bereits im Herkunftsland an", betonte Staatsministerin Böhmer heute im Innenausschuss des Deutschen Bundestages bei der Vorstellung des 9. Berichts zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

Hiernach haben sich die Chancen der Migranten auf gleiche Teilhabe von Frühjahr 2010 bis Frühjahr 2012 wesentlich verbessert. In den Kindergärten finden mittlerweile nahezu flächendeckend Maßnahmen zur gezielten Sprachförderung statt. Umso erfreulicher ist, dass sich die Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund zwischen 3 und unter 6 Jahren erhöht haben. Der Bund unterstützt die Sprachförderung mit dem Programm "Offensive Frühe Chancen" des Bundesfamilienministeriums. Bis 2014 stehen für 4000 Schwerpunkt-Kitas insgesamt 400 Millionen Euro zur Verfügung. Der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die die Schule mit einer (Fach-) Hochschulreife verlassen, ist von 2005 bis 2010 um 36 Prozent gestiegen. Die Integrationskurse des Bundes, in denen erwachsene Migranten Deutsch lernen können, sind ein Erfolgsmodell. Seit 2005 haben mehr als eine Million Frauen und Männer teilgenommen, mehr als die Hälfte freiwillig! Maßvolle Fortschritte gibt es auch auf dem Arbeitsmarkt: 2011 waren durchschnittlich über 200.000 Ausländer weniger arbeitslos gemeldet als im Jahr 2005. Immer mehr Arbeitgeber setzen auf die Potenziale von Migranten: Das zeigt die hohe Zahl von 1300 Unterzeichnern der "Charta der Vielfalt" mit insgesamt mehr als 6,5 Millionen Beschäftigten.

Auf den erfolgreichen Maßnahmen der nachholenden Integration baut der vor einem Jahr verabschiedete Nationale Aktionsplan Integration auf. Er sorgt für noch größere Teilhabechancen und stärkt den Zusammenhalt. Durch überprüfbare und messbare Ziele wird Integration verbindlicher. Künftig im Fokus steht vor allem die vorausschauende Integration. Angesichts der verstärkten Zuwanderung insbesondere aus der EU ist es wichtig, nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und die Zuwanderer sich selbst zu überlassen. Zur vorbereitenden Integration gehört, dass sich Zuwanderer bereits im Herkunftsland auf das Leben in Deutschland vorbereiten können. Von zentraler Bedeutung sind der Erwerb der deutschen Sprache, die Wahrnehmung von Vorintegrationsangeboten und die Information über die Anerkennung des im Ausland erworbenen Berufsabschlusses. Damit die Zuwanderer schnellstmöglich in Deutschland Fuß fassen, leisten die Integrationsvereinbarungen wertvolle Hilfe. So erhalten die Zuwanderer passgenaue Angebote, beispielsweise zur Unterstützung beim Spracherwerb, bei der Ausbildung oder bei der Kinderbetreuung", erklärte Böhmer.

"Damit der Paradigmenwechsel zur vorausschauenden Integration nachhaltig gelingt, ist zudem ein gesellschaftlicher Wandel notwendig. Es gilt, eine Willkommens- und Anerkennungskultur zu etablieren. Denjenigen, die sich aktiv bei uns einbringen wollen, sollte die Hand gereicht werden. Das ist im Interesse unseres Landes, das mehr und mehr auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen ist."

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Dorotheenstr. 84

10117 Berlin

Deutschland

Telefon: 01888 / 272 - 0

Telefax: 01888 / 272 - 2555

Mail: InternetPost@bundesregierung.de

URL: <http://www.bundesregierung.de/>

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".